

5281/J XX.GP

## Anfrage

der Abgeordneten Mag. Frieser  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Entschädigung der Opfer des BHI - Konkurses und Mängel in der Banken -  
aufsicht bzw. Prüfung

Die Rieger - Bankpleite hat neuerdings die Fragen der Verantwortung der Bankenaufsicht, des notwendigen Vertrauenschutzes der Sparer und der Entschädigung der Opfer von Bankenpleiten aktualisiert. Durch den Konkurs der BHI in der Steiermark im Februar 1995 wurden hunderte Sparer geschädigt und insgesamt das Vertrauen in die Bankenaufsicht erschüttert.

Seit über 3 Jahren kämpfen die Geschädigten um ihr Recht. Es wurden in ihrem Interesse zahlreiche Maßnahmen - vor allem der Steiermärkischen Landesregierung unter Führung von LH Waltraud Klasnic - gesetzt und von den verantwortlichen Zentralstellen eingefordert. Auch das Parlament ist mehrfach befaßt worden.

Nicht nur, daß 3 ½ Jahre nach dem BHI - Konkurs die betroffenen Sparer noch immer nicht eine volle Entschädigung erhalten haben, hat eine geschädigte Sparerin dieser Tage aufgezeigt, daß gerichtlichen Unterlagen zufolge 7 Sparer mit Einlagen von über 1 Mio S seitens der Sonderunterstützungsgesellschaft des Bankenverbandes über die Einlagensicherung jeden Schilling zurückbekommen haben, ein Großteil der Sparer mit Einlagen über der Millionengrenze, die teilweise die Ersparnisse eines ganzen Berufslebens und der gesamten Familie repräsentieren, diese Kompensation jedoch nicht erhielten. Sollte diese Behauptung wahr sein, wäre dies eine krasse und empörende Ungleichbehandlung und geeignet, das Vertrauen in den Geldapparat schwer zu erschüttern.

Vertrauen aber ist Grundvoraussetzung und größtes Kapital für Sparer, Investoren und die Wirtschaft im allgemeinen.

Die Vorkommnisse sowohl bei der BHI als auch bei der Riegerbank lassen begründete Zweifel an der Effizienz der Prüfung der Banken und der Bankenaufsicht aufkommen. Es besteht dringender Reformbedarf bei der Bankenaufsicht und der Bestellung der Wirtschaftsprüfer. Bezüglich der Wirtschaftsprüfer ist das gegenwärtige System, daß der Vorstand der Bank diese sich selbst aussuchen kann, zu hinterfragen. Die Prüferbestellung nach einer bei der Kammer aufliegenden alphabetischen

Liste und rotierende Prüfer kann zu wesentlich größerer Effizienz und Unabhängigkeit der Kontrolle beitragen.

Diese Fakten, Vertragsmomente und Ereignisse werfen damit zahlreiche Fragen an die für dieses notwendige Grundvertrauen verantwortlichen und entscheidenden Organe auf.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

**Anfrage:**

1. Welche Konsequenzen hat die Bankenaufsicht aus dem Konkurs der BHI 1995 gezogen, um solche Fälle für die Zukunft wirksam zu verhindern?
2. Hätte eine verschärfte Bankenaufsicht dazu beitragen können, die Riegerbank-Pleite zu verhindern?
3. Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der Sparer seit 1995 allgemein gesetzt?
4. Können Sie einen Bericht über die bisherigen Maßnahmen zugunsten der geschädigten BHI-Sparer geben und wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt?
5. Wie beurteilen Sie die Vorwürfe der Ungleichbehandlung der BHI-Sparer durch die Sonderunterstützungsgesellschaft?
6. Halten Sie eine solche Ungleichbehandlung für vertretbar?
7. Wenn Sie eine derartige Ungleichbehandlung feststellen, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen?
8. Wann werden der BHI-Konkurs und seine Konsequenzen für die Sparer endgültig geregelt sein?
9. Werden Sie einen Schlußbericht aus der Sicht des Finanzministeriums zum BHI-Konkurs vorlegen?
10. Wenn ja, welchen Inhalts wird dieser Schlußbericht sein und welche Schlußfolgerungen werden Sie ziehen?
11. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Bankenaufsicht werden Sie setzen?

12. Sind Sie bereit, bei der Bestellung der kontrollierenden Wirtschaftsprüfer eine Reforminitiative im Sinne der in der Anfragebegründung genannten Kriterien alphabetische Liste, Rotation etc. - zu setzen und gesetzlich in der WTBO verankern zu lassen?
13. Sind Sie bereit, die Bankenaufsicht im Sinne der von Klubobmann NAbg. Univ. - Prof. Khol gemachten Vorschläge zu reformieren (unabhängige richterliche Be - Hörde)?